3. Betrug. Absicht des Vermögensvorteiles. Bloßes Bewußtsein, daß die Irrtumsregung denselben zur Folge haben werde. Ideale Konkurrenz von Beleidigung, Betrug und Urkundenfälschung. Ne bis in idem.

St.G.B. §§. 185. 263. 267. 73.

St.P.O. §§. 153. 263. 265.

IV. Straffenat. Ur. v. 28. September 1886 g. J. Rep. 1758/86.

I. Strafkammer bei dem Amtsgerichte Neß D./Schl.

In der Zeitschrift „Katolik“ erschien ein Inserat, inhaltl. dessen der Gemeindevorsteher G. in B. die Heiratsfähigkeit seiner Tochter mit dem Bemerk. zur Kenntnis brachte, daß jeder sich dieselbe ansehen könne, wer sie aber heiraten wolle, etwas Vermögen besitzen müsse. Ohne Wissen und Willen des G. war dieses Inserat von dem Angekl. verfaßt und mittels eines von ihm angefertigten Schreibens vom 23. März 1885 der Redaktion des „Katolik“ übersandt worden. Dieses mit der Unterschrift „Johann G. Bauer, Scholze“ versehenes Schreiben enthielt die Bitte um Veröffentlichung des Inserates und um Übersendung der Insertionskostenrechnung mit der Zusicherung sofortiger Zahlung. Auf Grund dieses Sachverhaltes wurde der Angekl. auf Antrag des G. durch schöffengerichtliches Erkenntnis vom 19. November 1885 wegen Beleidigung des G. und seiner Tochter verurteilt. Nachdem dieses Urteil die Rechtskraft beschritten hatte, erhob die Staatsanwaltschaft gegen den Angekl. die Beschuldigung der Urkundenfälschung, welche in der Anfertigung des Schreibens vom 23. März 1885 und in dessen Übersendung an die Redaktion des „Katolik“ erblickt wurde. Das insolge dessen eröffnete Hauptverfahren ist aber durch Urteil der Strafkammer für unzulässig erklärt worden, indem das Gericht den Grundsatz „ne bis in idem“ zur Anwendung gebracht, auch den von der Staatsanwaltschaft in der Hauptverhandlung geltend gemachten rechtlichen Gesichtspunkt eines bezüglich der nichtgezahlten Insertionskosten begangenen Betruges nicht für zutreffend crachtet hat.

Die gegen diese Entscheidung von der Staatsanwaltschaft eingewendete Revision wurde verworfen aus folgenden

Gründen:

Der Revision mag zugegeben werden, daß ein Vermögensvorteil im Sinne des §. 263 St.G.B.'s darin erblickt werden kann, daß der

Angeklagte seinen Zweck, die Veröffentlichung der beleidigenden Annonce, kostenfrei, d. h. ohne Zahlung von Insertionsgebühren, erreichte. Für den Thatbestand des Betruges würde aber auch erforderlich sein, daß die Absicht des Angeklagten auf die Erreichung dieses Vermögensvorteiles gerichtet war, und es würde nicht schon das Bewußtsein des Angeklagten genügen, daß die Irrtumserregung den Vorteil zur Folge haben werde. Daß dem Angeklagten diese Absicht innewohnte, behauptet die Revision nicht. Andererseits spricht sich freilich auch das angefochtene Urteil nicht mit Bestimmtheit über die fragliche Absicht aus, indem es nur bemerkt, daß die Absicht des Angeklagten wohl schwerlich dahin gegangen sei, zur Bezahlung der Insertionskosten nicht sich, sondern den G. der Redaktion zu verpflichten. Eine rechtliche Bedeutung ist indessen diesem Umstande nicht beizulegen, weil von einem etwaigen Betruge nur in idealer Konkurrenz desselben mit der festgestellten Urkundenfälschung die Rede sein könnte, und der Strafhammer jedenfalls darin beizutreten ist, daß die Straflage wegen derjenigen That des Angeklagten, welche den Thatbestand der Urkundenfälschung darstellt und eventuell auch den des Betruges enthalten würde, durch die rechtskräftige Verurteilung des Angeklagten wegen Beleidigung des G. und dessen Tochter erloschen ist.

Die Revision sucht den hierauf bezüglichen Ausführungen des angefochtenen Urtheiles durch die Erwägung zu begegnen, daß in der Strafsache wegen Beleidigung Gegenstand der Anklage, des Eröffnungsbeschlusses und der Urteilsfindung lediglich das beleidigende Inserat gewesen sei, während in der vorliegenden Strafsache wegen Urkundenfälschung den Gegenstand der Anklage, des Eröffnungsbeschlusses und des Urtheiles das von dem Angeklagten an die Redaktion des „Katholik“ gerichtete, von ihm fälschlicherweise mit dem Namen „Johann G.“ unterzeichnete, Schreiben vom 23. März 1885 bilde, welches zwar zunächst nur eine, das Delikt der Beleidigung vorbereitende, Handlung enthalten, zugleich aber selbständig den Thatbestand des besonderen Deliktes der Urkundenfälschung erfüllt habe.

Diese Darlegung beruht indessen auf einer Verkennung des Rechtsbegriffes der „That“ in dem hier in Betracht kommenden Sinne und des von der Vorinstanz zur Anwendung gebrachten, von der Revision in dem vorliegenden Falle nicht für zutreffend erachteten Grundsatzes „ne bis in idem“.

Wird in richtigem Verständnisse dieses Grundsatzes davon ausgegangen, daß er gilt, soweit eine Klagenänderung zulässig ist, während er versagt, wenn und soweit eine andere That im Sinne der §§. 153. 263. 265 St.P.O. vorliegt,

vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 2 S. 347,

so stellt sich auch als die That, bezüglich welcher die Strafflage durch Erlaß eines rechtskräftigen Urtheiles konsumiert wird, nicht — wie die Revision anzunehmen scheint — das je nach der Verschiedenheit des rechtlichen Gesichtspunktes in Betracht kommende, möglicherweise ebenfalls verschiedene, konkrete Thun dar, sondern der gesamte, die abgeurteilte Straftthat betreffende thatsächliche Vorgang mit allen von demselben umfaßten näheren Umständen.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 9 S. 420.

Nun ergibt im vorliegenden Falle das wegen Beleidigung ergangene Urtheil vom 19. November 1885, daß den Gegenstand desselben nach dem Ergebnisse der Verhandlung nicht etwa lediglich das beleidigende Inserat, sondern die Thäterschaft des Angeklagten auch insofern bildete, als in ihm derjenige ermittelt worden, welcher das der Redaktion zugegangene Gesuch um Veröffentlichung des Inserates geschrieben, und daß das Inserat gerade in Verbindung mit diesem Umstande den Thatbestand der früher abgeurteilten Straftthat enthält. Hiernach hat der Vorgang, um welchen es sich als thatsächliche Unterlage des Urtheiles vom 19. November 1885 handelte, auch diejenigen Momente mitumfaßt, in welchen die dem Angeklagten zur Last fallende Urkundenfälschung zu finden ist. Daraus ergibt sich aber, daß diese Momente, nachdem über die, dieselben mitenthaltende, That des Angeklagten rechtskräftig erkannt worden, nicht zu einer nochmaligen, wenngleich unter einen anderen, früher unbeachtet gelassenen, rechtlichen Gesichtspunkt fallenden Strafverfolgung und Verurteilung führen durften, und somit die auf dieser Auffassung beruhende erstinstanzliche Entscheidung gerechtfertigt erscheint.